



Brune Timmer Schlüter PartG mbB

Wirtschaftsprüfer • Steuerberater | Dortmund • Düsseldorf

JAHRESABSCHLUSS

des

**Landsverbandes der Privatkliniken in
Rheinland-Pfalz und dem Saarland e. V.**

Frankfurt

zum 31. Dezember 2022

BTS BRUNE TIMMER SCHLÜTER PartG mbB

DORTMUND (Westfalen Center)

Lindemannstraße 77 · 44137 Dortmund

Telefon +49 231 - 58 707-0

Telefax +49 231 - 58 707-10

E-Mail: mail.do@btspartner.de

Dirk Timmer, WP/StB

Fachberater für Unternehmensnachfolge
(DStV e.V.)

DÜSSELDORF

Niederkasseler Lohweg 18 · 40547 Düsseldorf

Telefon +49 211 - 522 859-0

Telefax +49 211 - 522 859-70

E-Mail: mail.dd@btspartner.de

Stephan Brune, WP/StB, zert. Testamentsvollstrecker (AGT)

Klaus Schlüter, StB/FBStR

In Kooperation mit Ralf Spielhofen, RA

ARNSBERG (Kooperation)

Oberstraße 2 · 59755 Arnsberg

Telefon +49 2932 - 939 03-00

Telefax +49 2932 - 939 03-99

E-Mail: mail.ar@bhcpartner.de

www.bhcpartner.de

In Kooperation mit BHC BRUNE HÖNNEMANN
CRAMER & PARTNER mbB · Wirtschaftsprüfer,
vereidigte Buchprüfer und Steuerberater





Brune Timmer Schlüter PartG mbB

Wirtschaftsprüfer • Steuerberater | Dortmund • Düsseldorf

Wir haben auftragsgemäß den Jahresabschluss für den

Landesverband der Privatkliniken in Rheinland-Pfalz und dem Saarland e. V.

bestehend aus

Bilanz

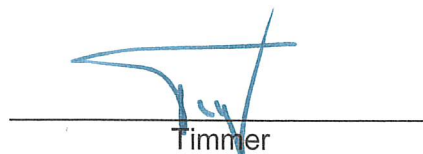
Gewinn- und Verlustrechnung

für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2022 unter Beachtung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Grundlage für die Erstellung waren die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben, sowie die uns erteilten Auskünfte. Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung der Verlautbarung der Bundessteuerberaterkammer zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Dortmund, 20. März 2023

BTS Brune Timmer Schlüter PartG mbB
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater


Timmer
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater



BILANZ zum 31. Dezember 2022

LVdPK Rheinland-Pfalz Landesverband, Frankfurt am Main

AKTIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. sonstige Vermögensgegenstände			
Vergg.kto Reha-Schiedsstelle RLP	1.422,17		1.000,00
Kautionen	<u>156,79</u>		<u>156,79</u>
		1.578,96	1.156,79
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks			
Commerzbank 0019063900	37.560,39		36.861,31
Festgeld	<u>97.165,85</u>		<u>97.165,85</u>
		134.726,24	134.027,16
B. Rechnungsabgrenzungsposten			
Aktive Rechnungsabgrenzung		444,53	280,40
		<u>136.749,73</u>	<u>135.464,35</u>

BILANZ zum 31. Dezember 2022

LVdPK Rheinland-Pfalz Landesverband, Frankfurt am Main

PASSIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital			
Vereinskapital		134.370,74	126.678,19
II. Jahresüberschuss			
Jahresüberschuss		1.063,88	7.692,55
B. Rückstellungen			
1. sonstige Rückstellungen			
Rückstellungen für Abschluss u. Prüfung		800,00	800,00
C. Verbindlichkeiten			
1. sonstige Verbindlichkeiten			
Verrg.Konto Hessen		515,11	293,61
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 515,11 (EUR 293,61) Verrg.Konto Hessen			
		<u>136.749,73</u>	<u>135.464,35</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2022 bis 31.12.2022

LVdPK Rheinland-Pfalz Landesverband, Frankfurt am Main

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse			
a) Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung			
Grundbeiträge Rheinland-Pfalz	34.800,00		28.500,00
Beitrag n. Leistungsfähigkeit Rheinland-	<u>58.745,49</u>		<u>41.115,01</u>
		93.545,49	69.615,01
2. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter			
Gehälter		26.582,35	14.141,37
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
Gesetzliche Sozialaufwendungen	6.029,65		3.445,02
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	<u>71,52</u>		<u>43,28</u>
		6.101,17	3.488,30
3. sonstige betriebliche Aufwendungen			
Miete, unbewegliche Wirtschaftsgüter	3.361,04		1.802,88
Versicherungen	442,99		243,64
Beiträge	2.500,00		275,00
Beiträge an den Bundesverband	41.362,57		26.114,57
GEZ	29,36		17,74
Kfz-Versicherungen	287,89		205,50
Laufende Kfz-Betriebskosten	483,95		155,21
Kfz-Reparaturen	76,93		94,71
Garagenmiete	199,20		109,56
Mietleasing Kfz	1.054,20		536,85
Sonstige Kfz-Kosten	0,00		197,04
Kosten des Internetauftritts	804,04		511,56
Software	330,90		275,39
Geschenke abzugsfähig mit § 37b EStG	50,56		0,00
Repräsentationskosten	0,00		30,70
Fortbildungsveranstaltungen	1.507,54		570,31
Vorstandssitzungen	0,00		236,05
Tarifkommission	0,00		2.528,75
Videokonferenzen	50,38		30,24
Bewirtungskosten	234,00		0,00
Reisekosten Arbeitnehmer	555,41		68,00
Reparatur/Instandh.v.and.Anlagen u. BGA	72,00		9,82
So.betriebl.Aufwand/Erstattung Hessen	953,75		6.529,97
Porto	65,45		77,99
Telefon	101,42		92,12
Bürobedarf	169,60		78,88
Fachliteratur	2.378,68		1.611,92
Rechts- und Beratungskosten	484,95		473,28
Buchführungskosten	598,70		359,10
Abschluss- und Prüfungskosten	1.210,83		857,61
Nebenkosten des Geldverkehrs	163,20		154,80
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
Übertrag	59.529,54-	60.861,97	44.249,19- 7.736,15

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2022 bis 31.12.2022

LVdPK Rheinland-Pfalz Landesverband, Frankfurt am Main

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Übertrag	59.529,54-	60.861,97	7.736,15 44.249,19-
3. sonstige betriebliche Aufwendungen			
Verwarentgelt	<u>241,52</u>	<u>59.771,06</u>	<u>0,00</u> <u>44.249,19</u>
4. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.090,91	7.736,15
5. sonstige Steuern			
Kfz-Steuern		27,03	43,60
6. Jahresüberschuss			
Jahresüberschuss		<u>1.063,88</u>	<u>7.692,55</u>

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unrechtmäßiger Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.